

# Strafen-und-Kosten

- Einstellungen
- Tagessätze
- Umwelt-Treuhandfonds
- Bildung einer Gesamtstrafe
- Finanzielle Unterstützung bei Repressionskosten
- Straßenblockade: Kurzübersicht möglicher Straftatvorwürfe
- Einstellungen weiterführend (Paragrafenreiterei 4)
- Bußgeldbescheide/ Ordnungswidrigkeiten

# Einstellungen

Im Verlauf eines Verfahrens kann es an unterschiedlichen Punkten zu Einstellungen oder Angeboten von Einstellung vonseiten des Gerichts oder auch der Staatsanwaltschaft kommen. Außerdem ist es möglich, selbst als Verteidigung oder als angeklagte Person eine Einstellung begründet vorzuschlagen. Auf dieser Seite findest du hierfür Informationen zu den unterschiedlichen Möglichkeiten, der Bedeutung der einzelnen Paragraphen, sowie auch zuallererst eine strategische Einschätzung zu der Relevanz von Einstellungen.

Wenn du konkrete Fragen zu deiner persönlichen Situation hast, melde dich am besten per Mail bei [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org). Wenn du bereits eine Ansprechperson von RAZ aus hast, die z.B. die Vorbereitungen zu deinem Gerichtstermin betreut, kannst du dich mit Fragen hierzu auch direkt bei ihr melden.

## Strategische Gedanken von RAZ

Natürlich liegt die Entscheidung, ob Einstellungen für dich sinnvoll sind etc. letztlich komplett bei dir und RAZ unterstützt dich im Umgang damit. Trotzdem möchten wir einmal strategische Abwägungen teilen, die für oder auch gegen Einstellungen in Verfahren von Klimaaktivist\*innen sprechen.

Wir empfehlen Einstellungen nicht generell, da uns klare Entscheidungen von Gerichten deutlich weiter bringen in unserer Konfrontation der Justiz mit der Herausforderung der Klimakrise und dem Umgang mit friedlichen Protesten in diesem Kontext. Aber im Einzelfall können sie sinnvoll sein.

*Zur Erinnerung: Wir sind davon überzeugt, dass ziviler Widerstand das effektivste und aktuell geeignetste Mittel ist, gesellschaftlichen Wandel in der Klimakrise anzustoßen. Deshalb ist unsere Aufgabe auch, dass wir Protesträume verteidigen während wir das Justizsystem mit der Frage nach Gerechtigkeit, Legitimität von friedlichen Protesten, sowie der Herausforderung der Klimakrise konfrontieren. Dies geht am effektivsten in Gerichtssälen und indem wir Druck auf die Menschen ausüben, die dort Entscheidungen treffen müssen - also die Richter:innen. Dadurch kann ein Drama zwischen Politik und Justiz entstehen und durch unsere Unnachgiebigkeit verstärkt werden. Gleichzeitig müssen wir als Aktivist:innen handlungsfähig bleiben.*

## Einstellungen **während** Gerichtsprozessen

Zuallererst: Wenn dir im Laufe eines Gerichtsprozesses das Angebot einer Einstellung von Richter:in oder Staatsanwaltschaft gemacht wird, kannst du dir ruhig ordentlich Zeit nehmen, um darüber nachzudenken. Hier ist eine Pause wichtig, um über das Angebot zu beraten. Eventuell möchtest du hier auch kurz eine Person von RAZ anrufen. Außerdem musst du nicht das Angebot einfach dankbar annehmen und kannst Forderungen/Ansprüche stellen, indem du z.B. über Höhe der Geldauflage oder die Anzahl der Sozialstunden etc. diskutierst.

“ Auch wenn du anwaltlich vertreten bist, nimm dir hier ausführlich Zeit, um zu verstehen, welche Konsequenzen die einzelnen Angebote haben.

Einem Einstellungsangebot zuzustimmen kann sich wie Aufgeben und Akzeptieren anfühlen - so als hättest du etwas tatsächlich falsch gemacht und würdest nun noch “gut davonkommen”.

- Trotzdem kann es sinnvoll sein, ein solches Angebot anzunehmen.
- ACHTUNG: Oft werden in solchen Fällen die Kosten bei der angeklagten Person verortet! Dies muss aber nicht so sein, Kosten von Einstellungen sollten in unserem Fall bei der Staatskasse sein! Deine Schuld, bzw. dein strafbares Vergehen wurde hier ja gar nicht bis zum Ende geprüft.
- Beantrage also, dass die Kosten und Auslagen von der Staatskasse getragen werden sollen.

Es gibt viele Vor- und Nachteile von solchen Einstellungen. Als mögliche Nachteile zu Bedenken möchten wir hier folgende Punkte in den Raum stellen:

- Richter:innen können sich aus der Entscheidung rausziehen und müssen nicht ausführlich abwägen.
- Teilweise drücken sich Richter:innen durch Einstellungen ohne Auflagen vor Urteilen, unter anderem auch vor Freisprüchen. In Bensheim haben das Gericht und die Staatsanwaltschaft zum Beispiel erst versucht, den Angeklagten eine Einstellung ohne Auflagen anzubieten und nachdem die Angeklagten dieses Angebot abgelehnt haben, hat das Gericht freigesprochen.
- Du kannst hinterher nicht Rechtsmittel oder ähnliches einlegen, da du bereits zugestimmt hast. Außerdem gibt es auch keine Begründung zu den Abwägungen in schriftlicher Form.
- Wenn von dir bereits mehrere Verfahren eingestellt wurden, kann dies vom Gericht als Argument genutzt werden ein aktuelles Verfahren nicht mehr einzustellen. Einstellungen tauchen zwar nicht im polizeilichen Führungszeugnis auf, liegen den Gerichten aber vor. So kann sich eine Einstellung auch auf zukünftige Verfahren auswirken. Ein Beschwerde gegen die Ablehnung eines Antrags auf Einstellung des Verfahrens ist gemäß § 305 StPO nicht möglich.

## Einstellungen **vor dem** Gerichtsprozess

- Das Erwirken einer Einstellung vor der tatsächlichen Verhandlung vor dem Gericht kann sinnvoll sein (dies ist zum Beispiel auf Anregung nach § 154 StPO möglich - dazu mehr später), da dies effektiv Kapazitäten und Repressionen einspart und dir gleichzeitig das Gefühl des Gewinnens mitgeben kann. Du sparst dir einen nervenaufreibenden Termin, sowie Geld und andere Ressourcen, die normalerweise in die Vor- und Nachbereitung eines solchen Termins fließen.
- Eine Möglichkeit hier kann sein, selbstständig Einstellungsangebote an die Gerichte bei laufenden Verfahren rauszuschicken und darin z.B. auf bereits rechtskräftige Verurteilungen oder laufenden Berufungsverhandlungen hinzuweisen (siehe § 154 StPO, weiter erklärt unten).

# Unterschiedliche Einstellungsmöglichkeiten

## Einstellung nach § 153 StPO wegen Geringfügigkeit

Wortlaut des Gesetzestextes nachzulesen unter: <https://dejure.org/gesetze/StPO/153.html>

- Unter diesem Paragraphen werden Tatbestände gefasst, die als Vergehen definiert werden. Das bedeutet, dass die Taten im Mindestmaß mit einer geringeren Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe geahndet werden (siehe § 12 StGB für den Unterschied zu Verbrechen). Straßenblockaden, sowie die typischen Vorwürfe bei Verfahren der Letzten Generation fallen in diesen Bereich (Nötigung, Widerstand, Sachbeschädigung & Co).
- Eine Einstellung nach § 153 StPO ist auch möglich, wenn im Verfahren durch Fallenlassen von Anklagepunkten nur noch ein Vergehen vorgeworfen wird (obwohl vorher vielleicht ein Verbrechen im Raum stand).
- Schuld muss als gering anzusehen sein, also im Vergleich unter dem Durchschnitt liegen.
- Es kann auch nach § 153 StPO eingestellt werden, wenn von der Staatsanwaltschaft kein öffentliches Interesse an der Verfolgung angenommen wird (meist der Fall, wenn die angeklagte Person nicht vorbestraft ist).

Folgen:

- kein Schuldnachweis, keine Eintragung ins Bundeszentralregister
- Tat kann nicht mehr als Vergehen verfolgt werden.

*Strategiehinweis: §153 StPO ist ein Freispruch light. Oft werden Richter\*innen und Staatsanwäl\*innen dem nur zustimmen, wenn sie euch auch freisprechen würden. Es kann auch sein, dass Richter\*innen Angst haben freizusprechen und dafür in der Öffentlichkeit oder von Kolleg\*innen "verurteilt" zu werden. In solchen Fällen ist die Einstellung ein Ausweg. Achte hier besonders auf die Kosten! Wenn dir die Kosten des Verfahrens auferlegt werden, wird es auch noch teurer für dich, als ein Freispruch (da muss immer die Staatskasse bezahlen). Beantrage also zumindest, dass die Staatskasse die Kosten trägt, wenn du nicht das Risiko eingehen willst, dann vielleicht doch verurteilt zu werden, wenn du der Einstellung widersprichst.*

# Einstellung nach § 153a StPO gegen Auflagen und Weisungen

Wortlaut des Gesetzestextes nachzulesen unter: <https://dejure.org/gesetze/StPO/153a.html>

- Anwendung bei Vergehen (s.o.).
- Auch möglich, wenn im Verfahren durch Fallenlassen von Anklagepunkten nur noch ein Vergehen vorgeworfen wird.
- Schuld darf der Einstellung nicht entgegenstehen (auch bei mittelschweren Vergehen möglich).
- Es kann auch nach § 153a StPO eingestellt werden, wenn von der Staatsanwaltschaft kein öffentliches Interesse an der Verfolgung angenommen wird (meist der Fall, wenn die angeklagte Person nicht vorbestraft ist).
- Ein häufiger genutzter Weg, um eine „richtige Bestrafung“ zu verhindern, wenn aufgrund der Beweislage eine Verurteilung wahrscheinlich ist.

Folgen:

- verschiedene Auflagen möglich wie Täter-Opfer-Ausgleich, Geldzahlung, Schadensbehebung, Sozialtraining oder gemeinnützige Arbeiten.
- Kein Schuldnachweis = keine Eintragung ins Bundeszentralregister
- Tat kann nicht mehr als Vergehen verfolgt werden.

*Strategiehinweis: Da du einer Auflage zustimmst, kann sich eine Einstellung nach §153a für dich anfühlen, als hättest du zugestimmt Schuld zu tragen und hoffst noch möglichst gut davonzukommen. Manchmal ist es auch gar nicht "billiger" als eine Geldstrafe. Überlege dir also gut, wie du dich damit fühlen würdest, zumindest formell eine Schuld einzugestehen. Grundsätzlich raten wir von dieser Art der Einstellung eher ab. Wenn es für dich und z.B. deinen Beruf aber besonders wichtig ist, keine Eintragung ins Führungszeugnis zu bekommen, kann das hier der springende Punkt in der Abwägung sein.*

# Teileinstellung nach § 154 bei mehreren Taten derselben Person

Wortlaut des Gesetzestextes nachzulesen unter: <https://dejure.org/gesetze/StPO/154.html>

- Findet zum Beispiel Anwendung, wenn gegen die beschuldigte Person bereits ein rechtskräftiges Urteil wegen einer anderen Tat vorliegt oder ein solches zu erwarten ist. Neben diesem fällt die zu erwartende Strafe in der vorliegenden Sache nicht ins Gewicht und muss dementsprechend nicht zusätzlich bestraft werden.
- Eine weitere Möglichkeit ist, dass ein Urteil zeitnah nicht zu erwarten ist und ein rechtskräftiges oder zu erwartendes Urteil wegen einer anderen Tat reicht zur Einwirkung auf die beschuldigte Person bereits aus.
- Diese Einstellungsmöglichkeit wird oft vonseiten der Staatsanwaltschaft angeregt und dann bereitwillig von Richter:innen angenommen - auch um Arbeit zu sparen. Dann braucht es keine Zustimmung von dir oder deiner Verteidigung.

Folgen:

- Teileinstellung
- keine Schuldfeststellung
- kein Eintrag ins Bundeszentralregister
- Wiederaufnahme möglich, solange Tat nicht verjährt ist
- Zum Beispiel sinnvoll, wenn bereits eine erste Bestrafung vorliegt und die Justiz überfordert ist, und nicht mehrere Taten derselben Person verfolgen kann/will.

*Strategiehinweis: Mit dieser Einstellung sparen sich Gericht und Staatsanwaltschaft Arbeit. Es kann aber auch dir Arbeit sparen, deshalb kann es Sinn ergeben, diese Einstellung im Vorhinein anzuregen. Hier ist allerdings deine Zustimmung nicht nötig, sodass du Gerichte nicht davon abhalten kannst so einzustellen, wenn du eher Arbeit verursachen willst. Von daher ist deine Möglichkeit der Einflussnahme hier begrenzt.*

Du kannst auch selbst eine Einstellung nach § 154 StPO anregen. Hier findest du eine beispielhafte Vorlage, wie das aussehen könnte.

Anregung einer Einstellung des Bußgeldverfahrens nach § 154 StPO mit Blick auf laufende Strafverfahren.

## Einstellung nach § 154a StPO

Wortlaut des Gesetzestextes nachzulesen unter: <https://dejure.org/gesetze/StPO/154a.html>

- Dieselbe Tat oder mehrere abtrennbare Teile derselben Tat verwirklichen mehrere Tatbestände.
- Einzelne Taten/Teile der Tat fallen neben der „Haupttat“ oder einem rechtskräftigen oder zu erwartenden Urteil gegen die beschuldigte Person nicht ins Gewicht. Dies ist teilweise der Fall, wenn in einem Verfahren Nötigung und Widerstand verfolgt werden. Dann kann es zum Beispiel zu einer Einstellung des einen Vorwurfs kommen, da der andere klarer/einfacher zu verhandeln ist. Dann wird der andere Vorwurf eingestellt und die Verfolgung auf die „Haupttat“ beschränkt.

Folgen:

- Kein Schuldnachweis, kein Eintrag ins Bundeszentralregister.
- Aktenvermerk über Beschränkung in Gerichtsakte der Haupttat.
- Die eingestellte(n) Tat(en) können nicht mehr verfolgt werden.

*Strategiehinweis: Das entscheiden Richter\*innen normalerweise einfach während der Verhandlung, wenn irgendetwas schwierig nachzuweisen ist, oder es schon längst Zeit für das Mittagessen ist... Wenn es etwas anderes gibt, für das sie euch verurteilen können, sind sie oft damit zufrieden und lassen den Rest dann einfach bleiben.*

## Einstellung nach § 170 II StPO

Wortlaut des Gesetzestextes nachzulesen unter: <https://dejure.org/gesetze/StPO/170.html>

- Liegen zu wenige Beweise oder Zeugenaussagen vor, um den Verdacht gegen eine Person zu erhärten (hinreichender Tatverdacht), stellt die StA das Verfahren von Amts wegen ein.
- Hier hast du keine negativen Folgen, sondern das gesamte Verfahren ist eigentlich einfach abgehakt.
- Dies passiert relativ selten bei Verfahren von Klimaaktivist\*innen, aber tatsächlich immer häufiger in München und in Tübingen.

*Strategiehinweis: Nice, weil es uns Arbeit und Repressionen spart. Wir haben hier außerdem keinen Einfluss drauf...*

# Tagessätze

## Übersicht zu rechtskräftigen Verurteilungen

Hier findest du einen ausführlichen Artikel zum Umgang mit rechtskräftigen Verurteilungen aus Strafverfahren.

## Kann das Einkommen der Ehepartner\*in sich auf die Höhe der eigenen Tagessätze auswirken?

Das Einkommen der Ehepartner\*in kann berücksichtigt werden, "wenn dem Täter hierdurch tatsächlich Vorteile zufließen. die als tatsächliche Vorteile zufließen, die als dauerhaftes "Einkommen" anzusehen sind (Celle NZW 11, 560)" aus StGB Kommentar von Fischer §10 Rn 7a.

In meiner Erfahrung ist das Sprichwort "über Geld spricht man nicht" im Gericht sehr angebracht, wenn man nicht äußerst wenig Geld hat. Man muss keine Angaben zum Einkommen oder Beruf der Partner\*in machen. Ich denke es ist höchst selten klug, freiwillig irgendwelche Zahlen oder so zu nennen, auch wenn die Richter\*in noch so nett nachfragt. Dann gibt es eine gute Chance, dass man auf Sozialhilfe Niveau geschätzt wird (10-20€ TS je nach Richter\*in).

## Ist es möglich Tagessätze in Raten abzubezahlen?

Ja, das kann beantragt werden



# Umwelt-Treuhandfonds

Wenn es zu einem Gerichtsverfahren kommt (z.B. weil du Widerspruch gegen einen Bescheid oder einen Strafbefehl eingelegt hast) fallen Gerichtskosten an. Außerdem ist es in einigen Fällen sinnvoll, wenn du dich anwaltlich vertreten lässt (RAZ kann Kontakte vermitteln). Die Prozesskosten, die hierbei entstehen (Gerichtskosten und Anwalt\*innenkosten) können bei Klimaprotesten in manchen Fällen vom Umwelt-Treuhandfonds (UTF) getragen werden.

Für weitere Möglichkeiten, wie du Repressionskosten finanzieren kannst, schau mal unter:

<https://wiki.raz-ev.org/e/de/oeffentlich/Legal-Wiki/Repression/Strafen-Kosten/kosten>

## Antragskriterien des UTF

Antragskriterien sind auf der [Website des UTF](#) genauer beschrieben.

Es gibt kein Auszahlungsformular. Ihr schickt einfach eine Mail hin.

## Welche Kosten können erstattet werden?

Über den UTF können **keine Strafen** gezahlt werden. Zu ‚Strafen‘ zählen hier ausnahmsweise ganz unjuristisch auch Dinge wie Gebührenbescheide von Polizeieinsätzen, Lösekosten etc.

Folgende Dinge können vom UTF übernommen werden:

- Kosten für Anwalt:innen
- Gerichtskosten
- Evtl. Reisekosten

## Kosten von Anwaltis?

Wenn Aktivist:innen von Anwalt:innen vertreten werden (hier entstehen ja auch die meisten erstattungsfähigen Kosten), läuft der Antrag beim UTF im Normalfall über die Anwalt:innen. Der Antrag kann gestellt werden, bevor das Verfahren abgeschlossen ist. Hier kann der UTF eine

**Kostenübernahmeerklärung** abgeben.

Dazu ist wichtig:

- Kostenschätzung:
  - Hier ist wichtig, ob nach RVG abgerechnet wird, oder ob ein höherer Stundensatz anfällt.
  - Die Anzahl an Verhandlungstagen etc. kann ja nicht immer vorhergesagt werden.
  - Bei Prozessen mit Letzte Generation gibt es mittlerweile Erfahrungswerte wie diese normalerweise verlaufen.
- Erklärung der Betroffenen: Was ist passiert?
  - Kurz (ein paar Sätze)
  - Brauchen Anwält:innen ja normalerweise auch
- Sonstige Kriterien des Antrags - wie z.B. Aktionskonsens beilegen - erübrigen sich, zumindest bei Protesten der Letzten Generation da dieser auf der Website der Letzten Generation einsehbar ist.
- Verfahrensstand

Rechnungen von Anwaltskanzleien können direkt an den UTF geschickt werden, sollten aber an die Mandant\*innen adressiert sein. Es ist auch möglich, dass die Aktivist:innen selbst den Antrag stellen.

Vorteile wenn die Anwält:innen das übernehmen:

- Einheitlichere, professionellere, kürzere Anträge
- Bürokratische Hürde für Aktivist:innen geringer
- Kommunikation direkter (die Anwält:innen brauchen ja das Geld)
- Unsere solidarischen Anwält:innen werden viele Aktivist:innen vertreten und können Vorlagen für den Antrag immer wieder verwenden (Routine - weniger Arbeit)
- Aktivist:innen müssen nicht in Vorauszahlung gehen

## Kosten von Selbstverteidigung?

In diesem Fall fallen keine Anwält:innenkosten an. Allerdings können natürlich Gerichtskosten auferlegt werden bei Einstellung des Verfahrens (nicht auf Staatskosten) oder Verurteilung. Hier stellen die betroffenen Aktivist:innen selbst den Antrag beim UTF, nachdem das Gericht entschieden hat, dass sie die Gerichtskosten tragen müssen. Pro Hauptverhandlung sind es am Amtsgericht mindestens 75 €, dazu kommen noch Fahrtkosten von Zeug:innen.

# Bildung einer Gesamtstrafe

Im Folgenden erklären wir, was eine Gesamtstrafe ist und wie du diese während eines Gerichtsprozesses, aber auch im Nachhinein – also nach mehrfacher rechtskräftiger Verurteilung – bilden kannst! Ganz unten findest du drei Szenarien, die auf dich zutreffen könnten bezüglich Bildung einer Gesamtstrafe mit praktischen Schritten, die du dementsprechend ergreifen kannst. Falls du Fragen hast, wende dich wie immer gerne an [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org)!

“ Am Ende dieser Seite findest du eine Übersicht, was genau wichtig ist, für dich praktisch mitzunehmen (;

## Worum geht es bei der Gesamtstrafe?

Das “Tool” der Gesamtstrafe ist in erster Linie dann wichtig, wenn Aktivist:innen an mehreren Aktionen beteiligt gewesen sind und für mehr als eine Aktion nun ein Strafverfahren droht, also ein Strafverfahren, in dem mehrere Proteste verhandelt werden.

Hat eine Person mehrere Straftaten begangen, so besteht also gemäß §§ 53, 54 StGB die Möglichkeit, aus den Einzelstrafen eine Gesamtstrafe zu bilden. Der Vorteil bei gemeinsamer Aburteilung liegt für den/die Täter:in darin, dass eine Gesamtstrafe zu bilden ist (§ 54 StGB) und diese die Summe der Einzelstrafen nicht erreichen darf - das wirkt sich bis auf einige seltene Sonderkonstellationen eigentlich immer positiv aus.

Während § 53 StGB die Voraussetzungen der Gesamtstrafenbildung beinhaltet, ist die Vorgehensweise zur Festlegung der Gesamtstrafe in § 54 StGB geregelt.

## Voraussetzungen nach § 53 StGB

Werden mehrere selbstständige Straftaten einer Person in einem einzigen Verfahren abgeurteilt, so ist bei Vorliegen einer **Tatmehrheit** eine **Gesamtstrafe** zu bilden.

Was bedeutet nun aber Tatmehrheit? Tatmehrheit liegt vor, wenn mehrere, voneinander unabhängige Handlungen dasselbe oder unterschiedliche Strafgesetze verletzen.

Beispiel: Aktivist:in macht montags eine Straßenblockade und dienstags nochmal eine Straßenblockade - zwei komplett voneinander unterschiedliche Handlungen, die beide jeweils in sich abgeschlossen sind. Da sie das gleiche Strafgesetz verletzen, liegt eine gleichartige Tatmehrheit vor. Wenn mensch nun aber montags eine Straßenblockade macht und dienstags Farbe auf ein Ministerium wirft, so liegt eine ungleichartige Tatmehrheit vor. In beiden Fällen liegt aber die für § 53 StGB nötige Tatmehrheit vor - es kommt also nur darauf an, dass zwei Taten begangen wurden.

## Wie wird die Gesamtstrafe gebildet (§ 54 StGB)?

Nun gibt es einige Grundsätze, nach denen sich die Gesamtstrafe bildet. Das Wort Gesamtstrafe ist vielleicht irreführend, weil es nicht darum geht, die Strafen, die durch die Taten für sich genommen drohen, stumpf zu addieren.

Es wird nur die höchste Einzelstrafe erhöht. Im Beispiel oben (Aktivist:in macht eine Blockade und einen Protest mit Tomatensuppe) droht bei der Blockade eine höhere Strafe wegen Nötigung als bei der Tomatenprotest wegen Sachbeschädigung. Das Gericht nimmt nun die höhere Strafe der Nötigung und erhöht diese wegen der Sachbeschädigung geringfügig.

## Nachträgliche Bildung von einer Gesamtstrafe

### a) Im folgenden Prozess

Aber was tun, wenn keine Gesamtstrafe in deinem Verfahren gebildet wird? In § 55 StGB schauen!

Dort ist die nachträgliche Gesamtstrafenbildung geregelt. Die Norm schafft einen Ausgleich dafür, dass mehrere Taten nicht zusammen abgeurteilt wurden, obwohl sie theoretisch gemeinsam hätten abgeurteilt werden können. Nochmal zu Erinnerung: Der „Vorteil“ bei gemeinsamer Aburteilung liegt für die Angeklagten darin, dass eine Gesamtstrafe zu bilden ist (§ 54 StGB) und diese die Summe der Einzelstrafen nicht erreichen darf.

Voraussetzung für die nachträgliche Gesamtstrafenbildung ist gemäß § 54 Abs. 1 StGB eine frühere Verurteilung.

“ Beispiel: A bestiehlt den B und schlägt einen Monat später den C. Wegen des Schlags wird A wegen Körperverletzung zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Danach findet der Prozess wegen des Diebstahls statt. A wird wegen dieser Tat zu 6 Monaten auf Bewährung verurteilt. Wären beide Taten gemeinsam verhandelt worden, so wäre eine Gesamtstrafe zu bilden gewesen. Diese hätte also geringer sein müssen als die beiden einzelnen Strafen! A steht also nur schlechter, weil die Verfahren nicht verbunden wurden.

§ 55 StGB soll dieses Ergebnis verhindern. Seine Voraussetzungen sind, dass die frühere Verurteilung (die aus März 2009) weder vollstreckt noch verjährt oder erlassen ist und der Angeklagte jetzt wegen einer Straftat verurteilt wird, die er vor der früheren Verurteilung begangen hat (Diebstahl geschah im Januar und damit vor der Verurteilung der Körperverletzung im April). Beide Voraussetzungen liegen im Beispielsfall vor.

## b) Nach der zweiten Verurteilung

Es kommt vor, dass bei Ergehen eines Urteils das Gericht keine Kenntnis von der Existenz einer anderen, rechtskräftig verhängten Strafe hatte, sodass die Gesamtstrafenbildung unterbleibt, obwohl die Voraussetzungen des § 55 StGB vorgelegen hätten.

Für diesen Fall sieht § 460 StPO vor, dass die verhängten Strafen nachträglich auf eine Gesamtstrafe zurückzuführen sind. Zuständig für diese Entscheidung ist üblicherweise dasjenige Gericht, das die höchste Einzelstrafe verhängt hat. Wären für diesen Fall mehrere Gerichte zuständig, so fällt die Zuständigkeit dem Gericht zu, dessen Urteil zuletzt ergangen ist (§ 462a Abs. 3 StPO).

Die Anwendung des § 55 StGB ist für die Tatrichter:innen zwingend! Die Bildung der Gesamtstrafe darf nicht dem Beschlussverfahren nach § 460 StPO überlassen werden, sondern ist von den neuen Tatrichter:innen nachzuholen. Es ist deshalb wichtig, dass die Verteidigung in Eurem Verfahren darauf hinweist, wenn das Gericht die Möglichkeit des § 55 StGB nicht sieht - oder sehen will.

# Was sollte ich mitnehmen?

# Ist die Gesamtstrafe für mich relevant?

Die Gesamtstrafe ist für dich wichtig, wenn du wegen mehrerer Straftaten angeklagt wirst, die du unabhängig voneinander begangen hast, also z.B. verschiedene Blockaden an verschiedenen Tagen. Dabei ist egal, ob die Straftaten denselben oder unterschiedliche Straftatbestände erfüllen!

Die Gesamtstrafe bringt dir in aller Regel ausschließlich einen Vorteil: Du erhältst eine geringere Strafe, als die einzelnen Strafen summiert ergeben würden!

## **Szenario 1: Du wirst wegen aller Taten zusammen angeklagt**

Wenn du wegen aller Straftaten zusammen angeklagt wirst, wird das Gericht selbständig eine Gesamtstrafe bilden. Für dich hat das den Vorteil, dass so die Strafe geringer ist, als wenn jede Tat unabhängig abgeurteilt wird. Bei einer Gesamtstrafe wird nur die Strafe für die "schwerste" Tat verhängt und abhängig von den anderen Taten erhöht.

## **Szenario 2: Dir werden verschiedene Verfahren gemacht**

Zunächst: Das sollte nicht passieren! Wenn die Taten zusammen abgeurteilt werden können, sollen sie das auch. Es kann aber zum Beispiel sein, dass die Staatsanwaltschaft erst später von einer Tat erfährt und diese auch anklagen will.

Hier kommt die Gesamtstrafe ins Spiel, wenn du

1. Bereits für eine Tat rechtskräftig verurteilt wurdest, die du
2. Nach der jetzt angeklagten begangen hast und
3. deren Strafe noch nicht vollstreckt wurde (oder verjährt ist oder dir erlassen wurde)

(Nur) dann muss das Gericht deine bereits erhaltene Strafe erhöhen und darf nicht eine zusätzliche verhängen. Sag dem Gericht auf jeden Fall Bescheid, wenn die Gesamtstrafe relevant werden könnte!

## **Szenario 3: Das Gericht bildet keine Gesamtstrafe, obwohl es das eigentlich gemusst hätte**

Wenn dir verschiedene Verfahren gemacht wurden, muss das Gericht unter den genannten Voraussetzungen eine Gesamtstrafe bilden. Wenn das nicht gemacht wird, kannst und solltest du das nachträglich beantragen. Das Gericht wird dann im Nachhinein die Gesamtstrafe bilden. In der Regel wird dafür das Gericht zuständig sein, dass die höhere Strafe verhängt hat.

Wenn die nachträgliche Gesamtstrafenbildung daran scheitert, dass einzelne Urteile bereits vollstreckt sind (d.h. die Geldstrafe, auf die Verfahrenskosten kommt es nicht an, bereits in Gänze

bezahlt ist), ist nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ein sog. Härteausgleich durchzuführen. Hiernach darf der Täter nicht deshalb schlechter stehen, weil ein Urteil bereits vollstreckt ist. Folglich ist er so zu stellen, als wenn §§ 53, 54 StGB unmittelbar angewendet worden wären. Wie der Tatrichter zu diesem Ergebnis kommt (Berücksichtigung des Nachteils oder sog. Fiktive Gesamtstrafenbildung) ist diesen überlassen. Letztendlich wird das gleiche Ergebnis erreicht, unabhängig davon ob eine Einzelstrafe bereits vollstreckt wurde oder nicht.

# Finanzielle Unterstützung bei Repressionskosten

Hier findest du eine kleine Übersicht, die dir Möglichkeiten aufzeigt, wie wir dich finanziell unterstützen können aus rechtlicher Sicht. **Konkret findest du Infos zu den Unterstützungsstrukturen und eine Liste mit ersten Schritten, um mit Repressionskosten umzugehen.**

**Einmal kurz vorweg:** Wir gehen in den Widerstand, um uns für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und gegen diese unfassbare Ungerechtigkeit aufzulehnen. Dabei fordern wir die Mächtigen und ihr System heraus.

Wir entscheiden uns aus moralischen und strategischen Gründen für friedlichen zivilen Widerstand und tragen die Konsequenzen, die uns auferlegt werden.

Dabei lassen wir keine Person einzeln zurück, sondern achten darauf, stabile Unterstützungsstrukturen zu haben, die die Kosten so gut wie möglich solidarisch tragen können. Die Konsequenzen deines Handelns können nicht für dich getragen werden. Wir können nur versuchen, sie gemeinsam zu tragen.

Die Konsequenzen unseres Nicht-Handelns wären untragbar.

## Repressionskostenhilfe von RAZ

- Wir unterstützen Menschen in ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema Repressionskosten und helfen, wo wir können, beim Umgang mit Strafgeldern, Gelder für Gebührenbescheide u.ä. Hierfür bieten wir jeder Einzelperson ein direktes Gespräch an. Dort können wir dann in Ruhe deine spezifische Situation durchsprechen und die einzelnen Optionen durchgehen. Eine Übersicht zu ersten Schritten, die du selbst gehen kannst, findest du auch weiter unten.
- Die Repressionskostenhilfe ist über [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org) zu erreichen.

## Wie kann ich selbst versuchen Kosten zu stemmen?

Stell dir als erstes folgende Fragen:



- Kann die Strafe, die du zahlen sollst, noch vermieden oder gemindert werden?
- Hast du schon eine Email/Nachricht an deine Verwandten / Freund:innen / Bekannten geschrieben mit Bitte um Unterstützung?

## Spendenkampagne aufsetzen

Das Erstellen einer persönlichen Spendenkampagne kann vor allem beim Umgang mit Strafbefehlen und der Bewahrung vor einem Gefängnisaufenthalt Sinn ergeben, aber auch in Akutfällen bei zivilrechtlichen Forderungen o.Ä.

Nutz gerne dieses **How-To-Spendenkampagne**.

Anschließend kannst du deine Spendenkampagne über deine persönlichen Social Media Kanäle oder auch an Verwandte und Freund:innen teilen. Wenn die Aktion im Zusammenhang mit einer Organisation wie z.B. der Letzten Generation stand, frag deren Legal Team an, ob sie den Aufruf teilen können und markier den Account. Wenn es sich um einen besonders hohen Betrag handelt, melde dich bitte bei der Repressionskostenhilfe. Dann können wir schauen, ob es noch weitere Möglichkeiten gibt, um der Kampagne Öffentlichkeit zu bringen.

Als letzten kleinen Gedanken hierzu: Wir haben schon oft erlebt und wissen dies auch aus unserer Theorie der Veränderung, dass solidarische Unterstützung steigt je mehr Repression wir ausgeliefert sind. Und damit auch unser Zugang zu Spenden. Dennoch kann es sein, dass wir aus unterschiedlichsten Gründen mal nicht an unsere Geldmittel kommen. Dieses Szenario ist allerdings unwahrscheinlich.

## Ratenzahlung beantragen

Bei einem rechtskräftigen Strafbefehl oder einer Verurteilung hast du immer die Möglichkeit Ratenzahlung zu beantragen. Dies ist normalerweise auch in der Rechtsmittelerklärung nachzulesen.

Hier ist eine [Vorlage zur Beantragung von Ratenzahlungen](#).

## Umwandlung in Sozialstunden beantragen

Wenn du nicht über die finanziellen Mittel verfügst und dies auch durch Belege dem Gericht nachweisen kannst, lohnt sich auf jeden Fall ein Antrag auf Umwandlung in Sozialstunden. Hiermit beantragst du, Sozialstunden abzuleisten anstatt die Geldstrafe zu bezahlen.

Am besten kannst du dich bereits vorher dazu informieren, in welchem gemeinnützigen Verein du diese ableisten möchtest. Wenn du dafür Tipps benötigst, kannst du dich gerne bei der Repressionskostenhilfe melden. Besprich dich dazu auch in einem Erfahrungsaustausch innerhalb deiner Widerstandsgruppe (:

Schick den Antrag auf Umwandlung in Sozialstunden am besten per Einschreiben oder Online-Fax an das zuständige Amtsgericht.

## Strafgelder in Ersatzfreiheitsstrafen umwandeln

Eine weitere Option ist es, Strafgelder in eine Ersatzfreiheitsstrafe umzuwandeln.

Wenn ihr hierüber nachdenkt, meldet euch bitte bei RAZ und wir vernetzen euch mit unserem Gefängnisupport für ein erstes Gespräch und eventuelle Trainings hierfür.

## Gebührenbescheide

Alle Möglichkeiten der Kostenerstattung bei Gebührenbescheiden finden sich unter:

**[/de/oeffentlich/Legal-Wiki/Gebührenbescheide/Kostenerstattung](#)**

## Umwelttreuhand-Fonds

Prozesskosten, wie für Gerichtsverfahren und Anwäl:innen, können wir über den Umwelttreuhandfonds tragen. Dort könnt ihr auch selbst Anträge stellen, bzw. eure Anwäl:innen direkt.

Hier findest du eine ausführliche Einführung in die Finanzierung über den Umwelt-Treuhandfonds.



Dieser kann Kostenübernahmeerklärungen zum Beispiel auch schon ausstellen, bevor ihr bestimmte Gerichtskosten selbst übernehmen müsst. Dadurch müsstet ihr nicht in Vorleistung gehen und könnt sicher sein, dass die Kosten übernommen werden.

## Rote Hilfe

Wir haben uns mit dem Bundesverband der Roten Hilfe verständigt, dass es grundsätzlich möglich ist, über deren Ortsverbände Erstattungen von Kosten zu beantragen, die in Verwaltungssachen angefallen sind.

Schreibt dafür eine Mail an die Ortsgruppe eures Wohnorts und schildert euren Fall:

**<https://www.rote-hilfe.de/ueber-uns/adressen>**

# Prozesskostenhilfe

Dies ist eine Möglichkeit, mit der ihr sofern ihr die im Formular aufgeführten Voraussetzungen erfüllt und euer Antrag genehmigt wird, nur die Kosten für euer Rechtsmittelverfahren erstatten lassen könnt.

**prozesskostenhilfe-antrag.pdf**

# Antrag auf Entschädigung

**Antrag auf Entschädigung** für im Zuge eines Prozesses entstandene Kosten, die ihr nicht selbst tragen müsst.

# Kosten aus Protesten von LG: Wer kleben will, muss auch haften

Menschen beteiligen sich selbstverantwortlich an Aktionen der LG und begehen damit (dem Großteil der aktuellen Rechtsprechung folgend) Straftaten. Für deine Handlung kannst nur du zur Verantwortung gezogen werden. LG versucht Repressionskosten solidarisch zu tragen, aber kann keine Versprechen aussprechen, dass Strafen bezahlt werden. Allgemein gilt: LG versucht Geldstrafen oder Bußgelder solidarisch über Spendenkampagnen zu tragen, zentral und/oder persönlich oder du bezahlst gar nichts und fährst die Strategie 'dem Staat nichts zu zahlen' und aktiv Ersatzfreiheitsstrafe und Insolvenz herauszufordern. Hier sollten enger Austausch und gute Vorbereitung stattfinden.

Wir erinnern uns: LG stellt sich der weiteren Befeuerung der Klimakatastrophe in den Weg. Es ist notwendig, dass Menschen das jetzt tun – in dem vielleicht letzten Moment, in dem es noch möglich ist, das Schlimmste zu verhindern. Wir dürfen uns von den Versuchen des Staates, unseren Widerstand zu unterdrücken, nicht abbringen lassen, denn es geht um so viel mehr! Es ist unsere Entscheidung, was wir mit unserer einzigartig privilegierten Lebenssituation in diesem entscheidenden Moment der Menschheitsgeschichte anfangen. Die unangenehme Realität ist: Wenn wir jetzt weiterhin darauf achten, als Einzelperson keinen Nachteil zu haben, werden wir als Gemeinschaft alles verlieren.

Die Gesellschaft nimmt unseren Protest wahr. Und gerade dadurch, dass wir an unangenehmen Stellen stören, werden wir diesen Protest auch im Angesicht von Repression und Strafgeldern weitertragen. Es gehört zu unseren strategischen Überlegungen, über den Moment der Wahrheit hinauszugehen und weiterzumachen. Das heißt auch, dass wir bewusst Haftstrafen herausfordern und die Gefängnisse dieses Landes füllen werden mit Menschen, die für ihren friedlichen Widerstand übertriebenermaßen hinter Gittern landen - wenn die Regierung sich gegen erste, sinnvolle Schritte entscheidet.

Priorität bei der solidarischen Übernahme von Kosten haben dementsprechend Menschen, die bereits im Gefängnis sitzen und dies nicht weiter stemmen können und auf unsere Hilfe angewiesen sind, um wieder rauszukommen. Oder Menschen, die kurz davor stehen und dies aus unterschiedlichen Gründen nicht tun können. Außerdem ist es Priorität, dass Menschen ohne soziales Auffangnetz finanzielle und emotionale Unterstützung erhalten.

# Straßenblockade:

## Kurzübersicht möglicher Straftatvorwürfe

### Straftatsvorwurf Nötigung §240 StGB

- Hierbei handelt es sich um einen sehr wahrscheinlichen Vorwurf, der uns in eigentlich allen Situationen von Straßenblockaden vorgeworfen wird, da wir Menschen daran hindern, einen Ort zu verlassen.
- Ohne Vorstrafen sind folgende Dinge möglich/wahrscheinlich bei einer Verurteilung:
  - Geldstrafe
  - kein Eintrag ins Führungszeugnis bei bis zu 90 Tagessätzen
  - mehr als 90 Tagessätze führen zu einem Eintrag ins Führungszeugnis
- Mit Vorstrafen wird eine Haftstrafe wahrscheinlicher, sowie der Eintrag ins Führungszeugnis, wenn die Vorstrafe nicht länger als fünf Jahre her ist.

### Straftatsvorwurf Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte\*innen §113 StGB

- Solche Dinge sind bei Lock-Ons, oder Glue-Ons wahrscheinlich und kann euch z.B. vorgeworfen werden, wenn ihr euch festklebt. Allerdings ist dann fraglich, ob dieser Vorwurf vor Gericht standhalten wird, da dies keine aktive Handlung des Widerstands darstellen kann.
- Der Tatbestand des "Widerstandes" ist sehr weit gefasst. Dementsprechend sollten alle Handlungen, die als Widerstand gewertet werden können, vermieden werden in der

Aktion. Hierzu können ruckartige Bewegungen auch schon zählen, sowie plötzliches Aufstehen. Tendenziell wird eher den Polizisti vor Gericht geglaubt, falls es zu einer Aussage kommen sollte. Also hier eher aufpassen :)

- Ohne Vorstrafen kann nach §113 StGB mit einer Geldstrafe verurteilt werden.

## Aufruf zu Straftaten?

- Gerade in öffentlichen Vorträgen und Reden müssen wir aufpassen, dass wir nicht zu Straftaten auffordern, da dies eine Straftat ist.  
Was nicht erlaubt ist: „Kommt alle und klebt euch mit mir auf die Straße!“.
- Aber es gibt Wege die selbe Message unkritisch zu formulieren:
  1. Gibt es neben der Blockade eine angemeldete Versammlung, kann zu dieser aufgerufen werden
  2. Du darfst erzählen, was du gehört hast ("Einige planen im Anschluss dieser Demonstration eine Blockade")
  3. Du darfst erzählen, was Du selber vor hast ("Ich werde im Anschluss die Straße blockieren"). In diesem Fall darfst Du sogar einladen, zu kommen, aber nicht mit zu blockieren. So bleibt offen, ob die Angesprochenen mitblockieren oder nur das Geschehen sich anschauen (was nicht strafbar ist)Generell gilt leider wie immer, dass die Polizei trotzdem versuchen kann, uns eine Aufforderung zu Straftaten anzuhängen, auch wenn gar keine vorliegt.

## Mehrere Strafverfahren?

- Wenn ihr in der selben Stadt erneut auf die Straße geht, werden euch zunächst erneut die gleichen Straftaten vorgeworfen (hier gilt §54 StGB). Ihr sammelt dann erstmal Strafanzeigen wegen Nötigung.
- Aber: Am Ende werdet ihr **nicht für jede Straftat verurteilt**, sondern für alle gemeinsam **ein Mal**. So sollte es zumindest sein, weil die Verfahren dann verbunden werden. Dabei wird sich angeguckt, welcher Straftatsvorwurf die höchste Strafe hatte und dieser wird dann nochmal angemessen erhöht. Die Summe der Einzelstrafen darf aber nicht erreicht werden.
- Bsp: Ihr blockiert drei Mal. Für jede Tat hält das Gericht 30 Tagessätze à 20 € für angemessen (Geldstrafe erfolgt in Tagessätzen; Tagessatzhöhe vom Einkommen abhängig). Das Gericht darf keine 90 Tagessätze ausurteilen, sondern muss darunter bleiben.

## Urteilsübersicht



# Einstellungen weiterführend (Paragrafenreiterei 4)

## A. Die guten Einstellungen

Es gibt gute Einstellungen und schlechte.

### § 170 Abs. 2 StPO: **mangelnder Tatverdacht**

Die Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO gehört zu den Guten.

In § 170 StPO geht es laut Überschrift um die Entscheidung über die Anklageerhebung. Absatz 1 bestimmt daher, wann eine Anklage erhoben werden soll bzw. kann, nämlich, wenn „die Ermittlungen genügend Anlass zur Erhebung der öffentlichen Klage“ bieten. Die StA prüft also, ob eine Verurteilung wahrscheinlich ist.

„Andernfalls stellt die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein.“, so Absatz 2, 1. Satz. Die Einstellung nach § 170 II StPO bedeutet also, dass die Ermittlungsergebnisse nicht zu einer Verurteilung ausreichen. Oder anders gesagt: Die StA geht davon aus, dass ein Gericht in diesem Fall freisprechen würde. Deshalb eine gute Einstellung.

Im Prinzip ist es möglich, die Ermittlungen jederzeit wieder aufzunehmen, insbesondere wenn neue Tatsachen bekannt werden oder neue Beweismittel vorliegen. Das wird nach meiner Erfahrung aber bei Bagatellsachen nicht gemacht, weil es viel zu aufwändig wäre, die regelmäßig danach durch zu sehen, ob es was Neues gibt. In Blockade-Verfahren ist eine solche Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens noch nicht vorgekommen. Was soll in diesen Verfahren ein Jahr später noch als neue Tatsache oder neues Beweismittel auftauchen.

Die Einstellung nach § 170 II StPO wird dem Betroffenen nicht in jedem Fall mitgeteilt, sondern nur (Abs. 2 Satz 2) wenn der Beschuldigte „vernommen worden ist oder ein Haftbefehl gegen ihn erlassen war“, wenn er um einen Bescheid gebeten hat oder wenn ein besonderes Interesse an der Bekanntgabe ersichtlich ist. Die Mitteilung über die Einstellung erfolgt meist mit einem Formschreiben, in dem nur steht, „Das Verfahren gegen Sie wurde gem. § 170 Abs. 2 StPO eingestellt“. Das ist oft ärgerlich, weil an keiner Stelle des Schreibens ersichtlich ist, um welche Tat



es sich handelt und Nachfragen oft keine Klärung bringen.

## 2. §§ 206 a f.: Verfahrenshindernis

Der Vollständigkeit halber soll hier auch die Einstellung wegen Verfahrenshindernis, §§ 206 a f. erwähnt werden. Liegt ein Verfahrenshindernis vor **muss** eingestellt werden. Wird das Verfahrenshindernis außerhalb der Hauptverhandlung festgestellt, so ist per Beschluss einzustellen. Während der Hauptverhandlung erfolgt die Einstellung gem. § 260 Abs. 3 StPO durch Urteil. Wird ein Verfahrenshindernis festgestellt, erübrigt sich die (weitere) Beweisaufnahme und sie wird in der Regel übersprungen.

Verfahrenshindernisse sind:

- Fehlen deutscher Gerichtsbarkeit
- Strafklageverbrauch (D. Angekl. wurde für die gleiche schon einmal verurteilt)
- Fehlen des Strafantrags, wenn dieser wegen Ablauf der Frist nicht nachgeholt werden kann
- dauerhafte Verhandlungsunfähigkeit
- Verjährung

Der 3. Spiegelstrich ist immer wieder relevant bei Hausfriedensbruchs-Verfahren. Es lohnt sich hier also, den Strafantrag genau zu beleuchten, denn der Strafantrag fehlt auch, wenn er von einer nicht zuständigen Person unterschrieben wurde.

## B. Die schlechten oder problematischen Einstellungen

Bei der Verfolgung von Straftaten gilt der Legalitätsgrundsatz. Die StA muss zwingend tätig werden, wenn sie von einer Straftat erfährt. Die Einstellung von Verfahren ist eine Durchbrechung dieses Grundsatzes und insofern als Ausnahme zu verstehen. Gleichzeitig ist es eine pragmatische Lösung, um den Aufwand einer Strafverfolgung auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. So können Verfahren beendet werden, bevor der Aufwand für ein korrektes Urteil gegenüber der Bedeutung der Tat nicht mehr gerechtfertigt werden kann. Oft führt das aber auch dazu, dass Gerichte und StA eine Einstellung vorschlagen, um einen Freispruch zu verhindern.

### 1. Einstellung wegen Geringfügigkeit (§ 153 StPO)

Gem. Abs. 1 kann die StA vor Erhebung der Anklage das Verfahren wegen Geringfügigkeit einstellen. Sie muss dazu die Zustimmung des Gerichts einholen, ferner die Zustimmung einer Beteiligten Behörde oder von Privatpersonen, wenn diese Strafantrag gestellt haben.

Die Einstellung ist nur zulässig, wenn kein anderes Verfahrenshindernis besteht und wenn eine Verurteilung möglich wäre. Es darf sich bei der Tat nur um ein Vergehen handeln; Verbrechen können also nicht wegen Geringfügigkeit eingestellt werden.

Einer Stellungnahme oder Zustimmung d. Angekl. bedarf es nicht.

Abs. 2 gilt, wenn die Anklage bereits erhoben, also bei Gericht eingegangen ist. Ab dann ist das Gericht für die Einstellung zuständig und kann „in jeder Lage des Verfahrens“ eine Einstellung vornehmen, wenn sowohl die StA als auch die Angeklagten zustimmen. Ohne die Zustimmung der Angeklagten kann die Einstellung nur dann erfolgen, wenn gem. § 205 StPO die Hauptverhandlung für längere Zeit nicht stattfinden kann, z.B. wegen längerer Abwesenheit oder aufgrund einer längeren Krankheit d. Angekl. Ferner, wenn die Verhandlung in Abwesenheit d. Angekl. durchgeführt wird.

Ein Einstellung nach § 153 Abs. 2 StPO erfolgt ohne Auflage.

Wenn das Gericht in der Hauptverhandlung eine Einstellung vorschlägt, kann das entgegen des Gesetzes auch der Versuch sein, einen Freispruch zu umgehen. Dann solltet ihr prüfen, wie nah ihr tatsächlich an einem Freispruch dran seid und ob es nicht sinnvoller wäre, den Prozess fortzuführen und mit einem Freispruch enden zu lassen. Das kann allerdings auch dazu führen, dass das Gericht dann doch verurteilt. Wenn ihr in einem solchen Fall der Einstellung zustimmt, würde ich empfehlen, vor der Zustimmung darum zu kämpfen, dass die Kostenentscheidung vollständig zu Euren Gunsten erfolgt, also auch die notwendigen Auslagen der Angeklagten und der Verteidigung beinhaltet. Ansonsten bleibt ihr auf Euren Fahrtkosten sitzen.

## **2. Einstellung unter Auflagen und Weisungen (§ 153 a StPO)**

Dies ist die bekannteste Einstellungsvariante. Auch hier gibt es wieder die Variante Abs. 1, nach der die StA einstellen kann, wenn das Gericht und d. Angekl. zustimmen. Die Zustimmung muss auch die Auflagen und Weisungen enthalten. Es geht also nicht, dass die StA nach der Abfrage Auflagen oder Weisungen erteilt. Die Variante des Abs. 2 kommt erst in Frage, wenn die Anklage bereits erhoben ist. In diesem Fall stellt das Gericht das Verfahren ein, nach Zustimmung von StA und Angeklagten.

Als Auflagen oder Weisungen kommen nach Abs. 1 Satz 2 in Frage:

1. Wiedergutmachung des Schadens
2. Geldbetrag an eine gemeinnützige Organisation (das berühmte Bußgeld, mit dem wir am Meisten zu tun haben)

3. gemeinnützige Leistungen (also Arbeit)
4. Unterhaltspflichten nachkommen (für uns nicht relevant)
5. Täter-Opfer-Ausgleich (wäre bei uns meist ziemlich aufwändig oder scheitert daran, dass die Opfer gar polizeilich erfasst wurden, wäre aber u.U. eine großartige Überzeugungsarbeit)
6. Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs (z.B. Anti-Aggressions-Kurs, betrifft uns nicht)
7. Aufbauseminar oder Fahrtauglichkeitsseminar (betrifft vor Allem „Verkehrs-Sünder“)

Wie wir oben schon festgestellt haben, ist die Einstellung des Verfahren eine Durchbrechung des Legalitätsprinzips. Diese Durchbrechung darf eigentlich auch nicht den Grundsatz „in dubio pro reo“ (Im Zweifel für den Angeklagten) verletzen, denn dieser Grundsatz hat Verfassungsrang. Dennoch werden Einstellung häufig in Fällen vorgenommen, in denen eigentlich freigesprochen werden müsste. Allerdings muss in diesen Fällen auch befürchtet werden, dass das Gericht bei Fortsetzung der Verhandlung verurteilt, selbst dann, wenn die Beweislage äußerst fragwürdig ist. Insofern ist die Zustimmung zur Einstellung oft für alle Beteiligten ein pragmatischer Weg, das Verfahren schnell zu beenden. Dennoch muss strategisch bedacht werden, ob derartige Einstellungen der Verfolgung unseres politischen Zieles nutzt oder diesem gar schaden kann. Daher wäre es sinnvoll, einer Einstellung nicht vorschnell zuzustimmen, sondern sich das genau zu überlegen.

Vor der Zustimmung sollte außerdem über die Höhe und den Empfänger des Bußgeldes gerungen werden. Wenn das Gericht eine Einstellung gegen Zahlung eines bestimmten Geldbetrages vorschlägt, sollte dies als Verhandlungsangebot verstanden werden. Versucht also das Bußgeld runter zu handeln und den Empfänger der Zuwendung selber zu bestimmen. Das bewahrt davor, im Nachhinein die Einstellung des Verfahren als „klein begeben“ und als Niederlage wahrzunehmen. Das gilt auf jeden Fall dann, wenn das Gericht ein Bußgeld in Höhe der Geldstrafe vorschlägt. Damit bringt das Gericht vor allem zum Ausdruck, dass es ihm nicht um Milde geht. Das Gericht erspart sich damit die Begründung eines schriftlichen Urteils.

Deshalb mein wichtigster Tipp: Vor der Zustimmung zur Einstellung eine Verhandlungspause beantragen und nochmal genau nachzudenken.

Sollte das Gericht eine Pause ablehnen, könnt ihr getrost androhen, ohne vorherige Pause einer Einstellung nicht zustimmen zu können.

Nach Abs. 3 ruht die Verjährung während der Erfüllung der Auflagen, beginnend mit der Einstellungsverfügung. Das Ruhen endet mit dem Ablauf der gesetzten (und ggfls. verlängerten) Frist. Wird die Auflage vollständig und fristgerecht erfüllt, entsteht ein endgültiges Verfahrenshindernis.

## 3. § 153 b

Das Verfahren kann eingestellt werden, wenn das Absehen von einer Strafe insbes. Gem. § 46a, 46b und 60 StGB möglich ist. § 46a StGB besagt, dass von einer Strafe abgesehen werden kann, wenn die Täter\*innen den Schaden beseitigt oder wiedergutmacht haben. § 46b StGB ermöglicht

das Absehen von einer Strafe für den Fall, dass d. Angekl. wesentlich zur Aufklärung einer schweren Straftat beigetragen hat. Wenn die Folgen der Tat für den Täter so schwer sind, dass eine Verfolgung und Bestrafung offensichtlich verfehlt wären, kann nach § 60 StGB ebenfalls von der Strafe abgesehen werden. In all diesen Fällen wird prozessual das Verfahren gem. § 153 b StPO eingestellt.

## **4. § 153 c bis f**

Der § 153 c betrifft Auslandsstraftaten, könnte also theoretisch interessant sein, bei Menschen, die an Aktionen außerhalb Deutschlands teilnehmen. Praktisch wird dies aber eher nicht relevant werden, weil deutsche Staatsanwaltschaften bisher bei politischen Aktionen keine Verfahren gegen in Deutschland lebende Menschen eingeleitet hat, jedenfalls nicht, wenn es sich um „kleinere“ Vergehen handelte. Eine Verurteilung in Deutschland wäre ohnehin nur dann möglich, wenn die Tat im Ausland nicht oder zu geringfügig bestraft worden ist.

Eingestellt werden kann ein Verfahren auch dann, wenn die Verfolgung von Staatsschutzdelikten nicht im überwiegenden staatlichen Interesse liegt (§ 153 d). Das ist für uns uninteressant. Das gleiche gem. § 153 e bei tätiger Reue in Staatsschutzdelikten. Auch § 153 f kommt für uns nicht in Betracht. Hier geht es um die Verfolgung bei Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch.

## **5. Absehen von der Verfolgung bei mehreren Taten (§ 154 StPO)**

Die Einstellung kann nach § 154 StPO erfolgen, wenn

1. die Strafe, zu der die Verfolgung führen kann, neben der Strafe, die wegen einer anderen Tat rechtskräftig verurteilt wurde oder zu erwarten ist, nicht beträchtlich ins Gewicht fällt.
2. ein Urteil nicht in angemessener Frist erfolgen kann oder wenn die schon ausgesprochene Strafe zur Einwirkung auf den Täter und zur Verteidigung der Rechtsordnung ausreichend erscheint.

Wann eine Strafe nicht beträchtlich ins Gewicht fällt, ist – klar – eine Einzelfall-Entscheidung. Der Kommentar Satzger/Schluckebier/Widmaier zitiert hierzu (Randnummer 4 zu § 154) nur 5 andere Kommentare, aber keine Gerichtsentscheidung. Nach Satzger et.al. Gegenüber einer Geldstrafe wird eine unbedingte Freiheitsstrafe i.d.R. ins Gewicht fallen. Letztlich wird aber auch das von der Höhe der jeweiligen Geld- oder Freiheitsstrafen abhängen.

Die StA stellt das Verfahren in eigener Zuständigkeit ein, solange noch keine Anklage erhoben wurde, Abs. 1. Eine Zustimmung des Gericht oder der Angeklagten ist nicht erforderlich.

Sobald Klage erhoben ist, entscheidet das Gericht auf Antrag der StA. Die Einstellung kann in jeder Lage des Verfahrens erfolgen, Abs. 2. Eine Zustimmung der Angeklagten ist auch hier nicht erforderlich.

Fällt die rechtskräftig erkannte Strafe nachträglich weg, kann das eingestellte Verfahren wieder aufgenommen werden, solange die Verjährung nicht eingetreten ist, Abs. 3. Wurde im Hinblick auf eine zu erwartende Strafe in einem anderen Verfahren eingestellt, kann das eingestellte Verfahren binnen 3 Monaten nach Rechtskraft wieder aufgenommen werden, Abs. 4. Dies geht nur, wenn noch keine Verjährung eingetreten ist. Für die Wiederaufnahme des eingestellten Verfahrens bedarf es eines förmlichen, also auch schriftlichen Beschlusses.

Manchmal bekommen die Angeklagten Gelegenheit zur Stellungnahme. Eine solche kann abgegeben werden, wird aber erfahrungsgemäß keine Auswirkungen auf die Entscheidung haben. Wer die Einstellung verhindern will, wird im Fall eines Strafbefehlsverfahrens den Einspruch gegen den Strafbefehl zurück ziehen müssen. Dann wird allerdings der Strafbefehl rechtskräftig.

## **6. Beschränkung der Verfolgung (§ 154a)**

„Fallen einzelne oder abtrennbare Teile einer Tat oder einzelne von mehreren Gesetzesverletzungen, die durch dieselbe Tat begangen worden sind“ nicht beträchtlich ins Gewicht, „so kann die Verfolgung auf die übrigen Teile der Tat oder die übrigen Gesetzesverletzungen beschränkt werden.“

Fall 1: Teile einer Tat

Eine Gruppe besetzt ein Bahnhofsgebäude, das abgerissen werden soll. Dabei suchen sie einen Raum auf, dessen Fenster von außen gut sichtbar ist. Beim Öffnen der Tür fällt ein Teil der Türklinke herunter, den anderen hält der Betreffende in der Hand.

Die fahrlässige Sachbeschädigung fällt gegenüber dem Hausfriedensbruch nicht beträchtlich ins Gewicht.

Fall 2: Einzelne von mehreren Gesetzesverletzungen

Im für uns völlig unrealistischen Fall von Aktivist:innen, die sich 50 mal auf die Straße kleben, können einzelne der Blockaden gem. § 154a StPO eingestellt werden. Dabei kann im Einzelfall strittig sein, was nicht mehr beträchtlich ins Gewicht fällt.

Beim § 154a gibt es Fälle, bei denen die Einstellung durchaus Sinn macht. Mir sind aber auch Fälle bekannt, in denen der § 154a dazu missbraucht wurde, den Schreibtisch des Richters von nervigen Akten zu erlösen.

Auch hier gilt:

Manchmal bekommen die Angeklagten Gelegenheit zur Stellungnahme. Eine solche kann abgegeben werden, wird aber erfahrungsgemäß keine Auswirkungen auf die Entscheidung haben. Wer die Einstellung verhindern will, wird im Fall eines Strafbefehlsverfahrens den Einspruch gegen

den Strafbefehl zurück ziehen müssen. Dann wird allerdings der Strafbefehl rechtskräftig.

## **7. §§ 154 b bis f**

Die weiteren Paragraphen sind für uns eher irrelevant.

§ 154b könnte von Interesse sein, wenn es um Aktivist\*innen aus dem Ausland ohne gesicherten Aufenthaltsstatus geben. Ihre Verfahren können bei einer Auslieferung oder Landesverweisung eingestellt werden.

§ 154 c betrifft Menschen, die Straftaten begangen haben, weil sie zu der Straftat genötigt oder erpresst wurden.

§ 154 d ist für uns irrelevant. Das betrifft bei Anzeigendelikte den Fall, dass vor der strafrechtlichen Entscheidung zivil- oder verwaltungsrechtliche Vorfragen geklärt werden müssen. Hier kann die StA dem Anzeigenerstatter eine Frist für die Klärung setzen und nach Fristablauf das Verfahren einstellen.

§ 154 e ist für uns auch eher weniger relevant. Danach können Verfahren wegen falscher Verdächtigung oder Beleidigung eingestellt werden, wenn und solange wegen der angezeigten oder behaupteten Handlung ein Straf- oder Disziplinarverfahren anhängig ist.

§ 154 f ist eine rein vorläufige Einstellung. Sie kann erfolgen, wenn die Durchführung einer Hauptverhandlung aufgrund einer längeren Abwesenheit oder eines anderen, in der Person d. Angekl. liegenden Hindernisses nicht möglich ist. Denkbar ist hier eine längere schwere Krankheit. Die Vorschrift bestimmt auch, dass die StA zuvor den Sachverhalt soweit wie möglich aufgeklärt und die Beweise gesichert haben muss. Nach Wegfall des Hindernisses kann das Verfahren also wieder aufgenommen werden. Für uns ist, glaube ich, diese Vorschrift eher nicht von Interesse.

# Bußgeldbescheide/ Ordnungswidrigkeiten

## Bußgeldbescheid vs. Gebührenbescheid

- Ein Bußgeldbescheid ist eine Strafe, die für eine begangene Ordnungswidrigkeit bezahlt werden soll
- Bei einem Gebührenbescheid sollen (tatsächliche oder imaginär) angefallene Kosten oder Leistungen von Polizei/Feuerwehr bezahlt werden. Hierunter fällt zum Beispiel Wegtragen oder Lösen der Hand
- Alles zu Gebührenbescheiden findest du [hier](#)

## Bußgeldbescheid

## Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrigkeiten sind geringe Verstöße gegen das Gesetz, wie z.B. Falsch Parken. Im Regelfall gibt es keinen Prozess, sondern es wird ein Bußgeldbescheid ausgestellt, der von Bürgern im Regelfall einfach bezahlt wird. Ordnungswidrigkeiten werden weder im Führungszeugnis, noch im erweiterten Führungszeugnis vermerkt.

## Einspruch einlegen

Bei einem Bußgeldbescheid empfehlen wir, innerhalb der kurzen Frist von zwei Wochen nach Zustellung (Zustellungsdatum steht auf dem gelben Briefumschlag) Einspruch einzulegen! Pass voll gerne [diese](#) Vorlage auf deinen Fall an. Das ergibt Sinn, weil der Einspruch jederzeit wieder

zurückgezogen werden kann und so alle Möglichkeiten offen bleiben. Wenn du keinen Einspruch einlegst innerhalb dieser zwei Wochen, wird das Bußgeld rechtskräftig. Du „akzeptierst“ die Strafe sozusagen und kannst dich danach auch nicht nochmal umentscheiden. Es ist also wichtig, dass das schnell passiert! Relevant für die Frist ist nämlich der Zugang deines Briefes bei Gericht und nicht wann du ihn losschickst.

Schick auf jeden Fall einen Scan an [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org).

# Ablauf bei Bußgeldbescheiden

## Anhörungsbogen

Bevor du einen Gebührenbescheid erhältst, kommt im Regelfall ein Anhörungsbogen.

Mit einem Anhörungsbogen will dir die Polizei die Möglichkeit geben, dich (schriftlich oder mündlich) zu dem Vorwurf zu äußern/neue Dinge herausfinden, bevor sie das Verfahren zur Entscheidung über die Eröffnung an die Staatsanwaltschaft abgibt.

Wir empfehlen einen Anhörungsbogen von der Polizei komplett zu ignorieren. Die Polizei ist dazu da, um gegen uns zu ermitteln, jegliche Aussage kann zu unserem Nachteil genutzt werden. Alles, was gut für dich ist, können wir auch immer noch in einem eventuellen Gerichtsprozess, bzw. in dessen Vorfeld einbringen :) Wenn du dir aber unsicher bist, schick ein PDF sehr gerne ans RAZ über [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org).

Wenn du zu einer mündlichen Anhörung geladen wurdest und die Polizei nicht nerven willst, sprich aber auch nichts dagegen, der Polizei kurz mitzuteilen, dass du nicht erscheinen wirst. Du kannst das einfach formlos per Mail machen und sagen, dass du dich ohne Akteneinsicht nicht zu den Vorwürfen äußern wirst.

Sollte der Anhörungsbogen grobe Fehler enthalten, kannst du das auch mitteilen. Das kann zum Beispiel sinnvoll sein, wenn du einen Anhörungsbogen für etwas erhältst, was du nicht getan hast und ein Verfahren verhindern willst. Es gibt keine Garantie, dass das klappt, aber wenn du die Polizei auf ihren Fehler hinweist, kann es sein, dass das nochmal überprüft wird, bevor ein Verfahren eröffnet wird. Du kannst den Fehler aber auch erst im Verfahren vorbringen. Wenn du etwas angibst, sei dir bewusst, dass du damit möglicherweise andere Menschen belastet und sprich das im Zweifelsfall besser mit uns ab. Wenn du zum Beispiel beschuldigt wirst, Graffiti gesprüht zu haben, du aber nur daneben standest und gefilmt hast und das so angibst, wird die Polizei wahrscheinlich nochmal ermitteln, wer denn dann gesprüht hat.

Oft steht in Anhörungsbögen, mensch müsste gewisse Angaben machen und das sei sonst eine Ordnungswidrigkeit. Der Fakt, dass die Polizei den Anhörungsbogen zustellen konnte zeigt allerdings schon, dass sie die wichtigen Daten haben. Uns ist kein Fall bekannt, in dem das Ignorieren eines Anhörungsbogen ein Problem dargestellt hat.



Solche Bögen können auch mit folgenden Betreffzeilen betitelt sein: „Belehrung / schriftliche Äußerung im Strafverfahren“, „Vorladung“, oder „Anhörung“.

## Bußgeldbescheid

Wenn du den Bußgeldbescheid erhalten hast und Einspruch einlegen willst (wann das Sinn machtst s. unten) dann achte darauf, die zwei Wochen Frist einzuhalten. Diese gilt ab der Zustellung des Bescheides bei dir, bis zum Eingang des Einspruch bei Gericht.

Pass voll gerne diese Vorlage auf deinen Fall an. Du musst den Einspruch nicht begründen.

## Bitte um Begründung

Im Regelfall erhältst du nach einem Einspruch die Bitte den Bußgeldbescheid zu begründen. Diese kann von der Polizei, von der Staatsanwaltschaft oder vom Gericht kommen. Wenn der Bescheid nicht grob fehlerhaft ist, solltest du das Schreiben ignorieren. Oftmals steht in den Schreiben, dass Kosten entstehen, wenn der Bescheid nicht begründet wird. Dies liegt einfach daran, dass bei Nichtbegründung automatisch ein Gerichtsprozess angestoßen wird, der Gerichtskosten verursacht. Solltest du einen offensichtlichen Grund haben, warum du Einspruch einlegst ("Ich war an der Aktion gar nicht beteiligt") und diesen mitteilst könnte die jeweilige Stelle einfach entscheiden, das Verfahren einzustellen/den Bescheid zurücknehmen und die Gerichtskosten würden nicht anfallen. Da der Einspruch aber im Regelfall eine aufwändigere Prüfung der Gesetzeslage benötigt macht es in den meisten Fällen keinen Sinn, diesen zu begründen, da diese Prüfung nur ein Gericht vornehmen kann.

## Einstellung

Während des gesamten Prozesses kann es zur Einstellung des Prozesses kommen. Die Strafe ist dann aufgehoben

## Gerichtsprozess

Wenn das Verfahren nicht eingestellt wird, wird das zuständige Gericht irgendwann einen Prozesstermin terminieren. Wenn du auf eine Einstellung gehofft hattest, kannst du den Einspruch bis kurz vor dem Verfahren noch zurücknehmen und so die Gerichtskosten verhindern.

Für die Vorbereitung auf den Prozess beantrage am Besten direkt Akteneinsicht und wende dich für Unterstützung an [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org)

# Strategisches

Wir empfehlen Grundsätzlich bei Bußgeldbescheiden ersteinmal Einspruch einzulegen. Gerade wenn viele Menschen auf einmal Einspruch einlegen, können wir eine Überforderung der Justiz erreichen, die dazu führt, dass Verfahren eingestellt werden. Wenn du schon viele andere Strafverfahren laufen hast, steigert das die Wahrscheinlichkeit einer Einstellung zusätzlich. Wenn du nur wegen einer möglichen Einstellung Einspruch eingelegt hast, kannst du diesen bis kurz vor einem Verfahren zurücknehmen und so die Kosten und den Stress eines Verfahrens sparen.

Auch wenn es nicht zu einer Einstellung kommt, kann es sich lohnen den Einspruch aufrechtzuerhalten. Der Widerstand kann so in die Gerichte weitergetragen werden und auch hier gibt es gewisse Chancen auf eine Einstellung oder einen Freispruch.

Bei Fragen melde dich gerne unter [legal@raz-ev.org](mailto:legal@raz-ev.org)

## Kosten

Wenn du keinen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid einlegst, musst du 5 % der Strafe noch zusätzlich als Bearbeitungsgebühr zahlen. Mindestens jedoch 25 Euro.

Wenn du Einspruch einlegst und es zum Verfahren kommt, kommen nochmal 5 % mindestens jedoch 25 Euro dazu.

Bei einem Bußgeld über 250 Euro musst du also bei einem Gerichtsverfahren mit 50 Euro zusätzlichen Kosten rechnen, ohne Gerichtsverfahren mit 25 Euro zusätzlichen Kosten.

Für Tipps, wie du Gerichtskosten und Strafen tragen kannst, schau mal [hier](#)